

2.4 Provozierte Opposition durch politische Disziplinierungsmaßnahmen

Auf der Generalversammlung des katholischen Erzieherverbandes am 18. 11. 1953 in Saarbrücken attackierte sein Vorsitzender, Peter Zenner, in einer öffentlichen Rede scharf die

*bekannte Tatsache, daß schon in den ersten Monaten dieses Jahres über eine Reihe von Leuten aus der Lehrerschaft auf nicht amtlichem Wege geheime Informationen durch dienstlich nicht verantwortliche Personen in zahlreichen, ja in hunderten von Fällen anhand von bestimmten Bogen mit bestimmten Fragestellungen, vor allem bei der Volksschullehrerschaft, stattgefunden haben. Es ist nicht bekannt geworden, von welcher Stelle der Antrieb zu dieser Form der Information ausging. Aber es ist doch so, daß dieser Vorgang eben das Gefühl der Sicherheit in der Lehrerschaft tief erschüttert hat, zumal, anscheinend als Abschluß dieser Aktion, eine sehr erhebliche Zahl von Lehrern versetzt werden sollte, daß dann doch eine immerhin bedeutungsvolle Zahl versetzt wurde und daß auch zwei Entlassungen vorkamen*⁵⁶.

Die von Zenner heftig angegriffene Disziplinierung aus politischen Motiven wurde von der Lehrerschaft in engem Zusammenhang mit den Landtagswahlen vom November 1952 gesehen⁵⁷. Gemaßregelt wurden insbesondere beamtete Lehrer, die im Wahlkampf offen ihre Sympathien für die verbotenen prodeutschen Parteien von DPS (Liberale), CDU und DSP (Deutsche Sozialdemokraten) geäußert und die Legalität der Wahlen infrage gestellt hatten⁵⁸. Zenner berichtet in seiner Rede darüber hinaus von Repressalien gegen Junglehrer, die als Beamte auf Widerruf wegen *illoyalen* Verhaltens *ohne ... vorher gehört worden zu sein und ohne ein rechtmäßiges Disziplinarverfahren* gehabt zu haben, von ihren Lehraufgaben entbunden worden seien⁵⁹.

Die scharfen Proteste der Lehrerverbände und wohl auch die zahlreichen Vermittlungsbemühungen katholischer und evangelischer Geistlicher veranlaßten Hoffmann dann schließlich, eine wohlwollende Prüfung der „Disziplinarfälle“ zuzusagen⁶⁰. Die Folge war die Rücknahme von getroffenen Maßnahmen im Einzelfall. Die Weigerung der Regierung, die Angelegenheit gänzlich zu bereinigen, sollte sich wie ein Bumerang für sie auswirken. Sie vergiftete nämlich nicht nur das Beziehungsklima zwischen ihr und der Lehrerschaft vollends, sondern, und dies war für das Hoffmann-Regime viel nachteiliger, sie machte einer verunsicherten Lehrerschaft endgültig bewußt, daß sie mit ihrer pädagogi-

⁵⁶ Zitiert nach dem Manuskript der Rede, S. 6 f. Sammlung des Verbandes katholischer Erzieher des Saarlandes, Ablage 1950 – 1956.

⁵⁷ Bestätigt wird diese Feststellung in den Informationsschreiben des Vorsitzenden des Verbandes Saarländischer Lehrer, Otto Früh, an Kirchenrat Wehr vom 29. 8. 1953. Dort heißt es, daß nunmehr *das Gerücht Tatsache geworden sei, daß die Wahlen des November 1952 gewisse Vergeltungsmaßnahmen auslösen würden*. Archiv des Kirchenkreises Saarbrücken, Bestand Nachlaß Wehr, Aktengruppe 3.

⁵⁸ Vgl. hierzu die in Anm. 57 angegebene Quelle. Vgl. hierzu auch H. Schneider, S. 391 f.

⁵⁹ Wie Anm. 56 S. 7. Im Nachlaß Heinrich Schneider (Bestand Nr. 109) findet sich eine Notiz, derzufolge insbesondere Regierungsrat Erfurt (Leiter der Rechtsabteilung) und Ministerialdirigent Braun für die politisch motivierten Disziplinierungsmaßnahmen verantwortlich zu machen seien.

⁶⁰ Vgl. dazu das gemeinsame Protestschreiben der saarländischen Lehrerverbände und des saarländischen Beamtensbundes an Hoffmann in seiner Eigenschaft als Kultusminister vom 29. August 1953. Es befindet sich in Abschrift im Archiv des Kirchenkreises Saarbrücken, Bestand Nachlaß Wehr, Aktengruppe 3. Vgl. hierzu auch Schreiben des Kirchenrats Wehr an Früh vom 28. 9. 1953. Wiedergegeben im Quellenanhang (Anlage 15).